

Wie kann den Menschen im Gazastreifen jetzt geholfen werden? Alternativen zur UNRWA

Berlin, 08.09.2026

Executive Summary:

- **Die Unterstützung für UNRWA ist deutlich zurückgegangen:** Seit 2025 haben die USA und Schweden ihre Unterstützung für UNRWA eingestellt. Ende August 2026 ist Finnland nachgezogen. Finnland will wie Schweden stattdessen über andere UN-Organisationen Hilfe leisten. Deutschland zahlt seit Mitte 2025 nicht mehr für UNRWA in Gaza.
- **Die Hilfe für die palästinensische Zivilbevölkerung muss weiter gewährleistet werden.** Erfahrene und effiziente UN-Organisationen wie WFP, WHO, UNICEF und UNDP sind bereits im Gazastreifen im Einsatz und können Aufgaben von UNRWA übernehmen.
- **Schweden und Finnland** zeigen ganz konkret, wie alternative UN-Organisationen anstelle der UNRWA gefördert werden können, und stellen damit sicher, dass die Hilfsgelder wirklich bei den bedürftigen palästinensischen Zivilisten ankommen.
- **Deutschland:** Die ausgesetzten Haushaltsgelder für die UNRWA im Gazastreifen sollten entsprechend für andere UN-Organisationen in dem Gebiet bereitgestellt werden. Sämtliche Zahlungen sind auf die Einhaltung des Verbots der Unterstützung terroristischer Aktivitäten und Vereinigungen zu prüfen und sollten zusätzlich konditioniert werden, damit kein Antisemitismus und Israelhass gefördert werden.

Ausgangslage: Rückgang und Stopp internationaler Unterstützung für UNRWA

Das UN-Hilfswerk **UNRWA** (United Nations Relief and Works Agency) sieht sich für rund 6 Millionen sogenannte Palästina-Flüchtlinge und deren Nachkommen in männlicher Linie zuständig¹ und ist im Libanon, in Syrien, in Jordanien sowie in den Palästinensischen Gebieten tätig. Ihr temporäres und regelmäßig von der UN-Generalversammlung verlängertes Mandat betraf bei der Gründung 1949 rund 750.000 arabische Flüchtlinge aus dem ehemaligen britischen Mandatsgebiet. Die UNRWA erfüllt für die stetig angewachsene Zahl von Leistungsempfängern **quasi-staatliche Dienstleistungen, insbesondere im Gesundheits- und Bildungsbereich**. Die Finanzierung der UNRWA erfolgt größtenteils durch freiwillige Beiträge aus den UN-Mitgliedsstaaten. Deutschland ist einer der größten Geldgeber, die Zahlungen kommen aus den Budgets des Auswärtigen Amtes (AA) und des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Nach dem **Terrorüberfall der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023** wurde UNRWA-Angestellten die Beteiligung am Massaker an israelischen Zivilisten und an Geiselnahmen vorgeworfen.² Auch werden Mitarbeiter beschuldigt, mit der Hamas verbunden zu sein, und Einrichtungen der UNRWA, darunter

Schulen, sollen immer wieder als Waffendepots missbraucht worden sein. Zudem wird UNRWA im Bildungsbereich seit Langem wegen der Verwendung von Materialien mit antiisraelischen und antisemitischen Inhalten und der Propagierung eines „Rückkehrrechts“ nach Israel kritisiert, ein Code für die Rückabwicklung der israelischen Staatsgründung. Das trägt zu Hass und Radikalisierung bei und widerspricht einer Erziehung zu Koexistenz und Frieden.³ Nach dem 7. Oktober wurden die deutschen Zahlungen für UNRWA im Gazastreifen auf den Prüfstand gestellt und im Frühjahr 2024 zwischenzeitlich keine neuen Zahlungen bewilligt.

Seit Mitte 2025 sind die Palästinensischen Gebiete durch eine Vertragsklausel von der UNRWA-Förderung durch das Auswärtige Amt ausgenommen. Hintergrund ist die Anwendung von Paragraph 10 des Haushaltsgesetzes, der die Förderung terroristischer Aktivitäten und Organisationen ausschließt.⁴ Auch das BMZ hat keine Zahlungen mehr an UNRWA im Gazastreifen geleistet.⁵ Ende 2025 hatte Deutschland in der UN-Generalversammlung der Verlängerung des UNRWA-Mandats nicht zugestimmt. Mit den USA und Schweden haben im vergangenen Jahr zwei der zuvor größten Zahler ihre Unterstützung für UNRWA eingestellt, ebenfalls 2025 haben die israelischen Behörden die Zusammenarbeit mit UNRWA beendet. Ende August 2026 wurde seitens der finnischen Regierung mitgeteilt, dass die bisherige Unterstützung für UNRWA nicht verlängert wird. Finnland will ebenso wie Schweden seine Hilfszahlungen für die Palästinenser stattdessen an andere UN-Organisationen leisten.

Angesichts dieser rückläufigen Unterstützung für die UNRWA stellt sich die **Frage nach leistungsfähigen Alternativen, um der Bevölkerung vor Ort übergangsweise von außen zu helfen.** Zugleich gilt es, einen Prozess hin zu **palästinensischer Eigenständigkeit und Selbstverantwortung zu fördern**, der für die Stabilität und den Frieden in der Region unerlässlich ist. Eine Beteiligung, geschweige denn Förderung der Hamas oder anderer Terrororganisationen, die gegen Israels Existenz kämpfen, darf es beim Wiederaufbau oder der Verwaltung dieser Region weder im Sinne eines echten Friedensprozesses noch aufgrund der rechtlichen Beschränkungen bezüglich einer unmittelbaren Terrorfinanzierung nicht geben.

Übertragung der bisherigen UNRWA-Aufgaben an andere UN-Organisationen

Mehr als 1,5 Millionen der Bewohner und damit der Großteil der Bevölkerung des Gazastreifens sind UNRWA-Empfänger. UNRWA wird in der derzeitigen humanitären Krise oft als zentraler Akteur genannt, um Hilfslieferungen zu verteilen und Bedürftige vor Ort zu unterstützen. Doch ob diese Aussage tatsächlich der Lage vor Ort entspricht, ist fraglich: **die zuständige israelische Behörde COGAT arbeitet mit neun UN-Organisationen und 34 internationalen NGO im Gazastreifen zusammen.**⁶ Hinzu kommen noch direkte Hilfen einzelner Staaten sowie der private Sektor. Die Statistiken der Vereinten Nationen listen nur Zahlen der Hilfslieferungen auf, die von UN-Organisationen oder kooperierenden Hilfsorganisationen abgewickelt werden. Sie beziehen nicht die zusätzlichen weiteren Lieferungen von Hilfsgütern nach Gaza ein und sind daher unvollständig.⁷

Das zeigt, dass die **UNRWA tatsächlich nur einer von mehreren Akteuren für die Unterstützung der palästinensischen Zivilbevölkerung** ist – und dabei noch nicht einmal der wichtigste für die humanitäre Hilfe. Die Infrastruktur und Mitarbeiterschaft der UNRWA werden immer wieder dafür als Argument angeführt, dass die UNRWA derzeit für die notwendige Hilfe im Gazastreifen nicht ersetzbar sei. Doch die Schwerpunkte der Dienstleistungen von UNRWA liegen im Bildungs- und Gesundheitsbereich, ein

Großteil der rund 11.000 Beschäftigten von UNRWA im Gazastreifen sind als Lehrkräfte angestellt.⁸ Zudem werden u.a. die Trinkwasserversorgung und Notunterkünfte unterstützt.⁹

Angesichts der Vielzahl der bereits im Gazastreifen tätigen Hilfsorganisationen ist die UNRWA, anders als vielfach behauptet, nicht „alternativlos“. In vielen Bereichen gibt es bereits Kooperationen und **einzelne Aufgaben der UNRWA könnten schrittweise von weltweit tätigen, effizienten und erfahrenen UN-Organisationen übernommen werden**. Damit wären auch eine unabhängigere Aufsicht und ein besseres Controlling mit internationalen Vergleichsmöglichkeiten gegeben.

Folgende Organisationen können in zentralen Bereichen die UNRWA-Dienstleistungen übernehmen:

- Das **World Food Programme (WFP)** versorgt einen Großteil der Bevölkerung im Gazastreifen mit Nahrungsmitteln und unterstützt öffentliche Küchen und Bäckereien.
- Die **Weltgesundheitsorganisation (WHO)** ist auf kurzfristige Hilfe und längerfristige Angebote im Gesundheitsbereich spezialisiert.
- Das **Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)** ist im Gazastreifen u.a. im Bereich der Trümmer- und Abfallbeseitigung und weiterer Not- und Aufbauhilfe tätig.
- Das **UN-Kinderhilfswerk UNICEF** hilft insbesondere den Kindern im Gazastreifen u.a. in den Bereichen Ernährung, Wasserversorgung und Bildung.¹⁰

Die Bundesregierung benennt in einem aktuellen Bericht **WFP, WHO und UNICEF** bereits als ihre „**Schlüsselpartner**“.¹¹ Nach einer **Übergangsphase**, in der bisherige UNRWA-Aufgaben von anderen UN-Organisationen übernommen und die Voraussetzungen für einen Wiederaufbau des Gazastreifens ohne Hamas und andere Terrororganisationen geschaffen werden, sollte eine **neue palästinensische Verwaltung** diese Dienstleistungen übernehmen. Für die Versorgung von Flüchtlingen und langfristige Perspektiven kann zudem, wie in jeder anderen betroffenen Region der Welt auch, der **UNHCR** tätig werden.

Damit diese Alternativen zur UNRWA und damit wirksame Hilfe umgesetzt werden kann, bedarf es einer **veränderten Finanzierungspolitik**, wie sie bereits von Schweden und zukünftig auch von Finnland angewendet wird. Diese zukunftsweisenden haushaltspolitischen Maßnahmen können Deutschland und den anderen europäischen Partnerländern sowie der EU als Beispiel dienen.

Die Beispiele Schweden und Finnland

Die schwedische Regierung hat seit 2025 **die Förderung von UNRWA in Gaza und allen weiteren Gebieten eingestellt** und gibt die **Mittel stattdessen an andere UN-Organisationen**. Der Minister für internationale Entwicklungszusammenarbeit und Außenhandel, Benjamin Dousa, begründete dies damit, dass aktuell nicht gewährleistet sei, dass die schwedische Unterstützung über UNRWA bei den Bedürftigen ankommt.¹² Nachdem Schweden 2024 noch Zahlungen in Höhe von 451 Mio. SEK (rund 40 Mio. EUR) für die UNRWA bereitgestellt hatte, wurde 2026 ein **Hilfspaket für den Gazastreifen** in Höhe von 555 Mio. SEK (rund 50 Mio. EUR) aufgelegt, **mit dem UNICEF, WFP und UNDP gefördert werden**.

Über **UNICEF** werden dabei Gesundheitszentren und Krankenhäuser für die Gesundheitsversorgung von Kindern einschließlich der Versorgung von Neugeborenen unterstützt, zudem temporäre Lernzentren und Angebote für Bildung, Freizeit und psychosoziale Unterstützung. Durch das **WFP** werden Schulmahlzeiten für Kinder in den temporären Lernzentren bereitgestellt und die lokale Lebensmittelproduktion gefördert, damit die Ernährung der Kinder vielfältiger gestaltet werden kann. Mit der Unterstützung für **UNDP** wird es Familien ermöglicht, in temporäre Unterkünfte zu ziehen.¹³

Der finnische Minister für Außenhandel und Entwicklung, Ville Tavio, erklärte Ende August 2026, dass die bisherige Unterstützungszusage für UNRWA von jährlich 5 Mio. EUR nicht verlängert wird. Er betonte, dass die Hilfe für die Palästinenser dadurch nicht reduziert, sondern zukünftig über andere Organisationen wie das **WFP** geleistet wird.¹⁴

NAFFO Position: Handlungsmöglichkeiten für die deutsche Haushaltspolitik

- Mehr **Transparenz im Bundeshaushalt bei der Mittelvergabe an UNRWA** in den Einzelplänen 05 (Auswärtiges Amt) und 23 (BMZ) schaffen: Im Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2027 sind nur 18 Mio. EUR als allgemeiner Beitrag für UNRWA aufgeführt, während nicht erkennbar ist, unter welchen weiteren Haushaltstiteln welche konkreten Summen als zusätzliche Mittel für UNRWA vorgesehen sind.¹⁵
- Die Gelder für UNRWA im Gazastreifen sollten weiter ausgesetzt und dadurch **freiwerdende Mittel an andere UN-Organisationen**, die vor Ort tätig sind, umgeleitet werden. Konkret bietet sich hierfür die verstärkte Unterstützung von **WFP, WHO, UNDP und UNICEF** an, die einen Großteil der bisherigen Dienstleistungen von UNRWA übernehmen könnten.
- Alle Zahlungen für den Gazastreifen sind gemäß **Paragraph 10** des Haushaltsgesetzes daraufhin zu prüfen, dass keine terroristischen Aktivitäten und Vereinigungen unterstützt werden. Die diesbezüglichen **Kontrollmechanismen** und die **Evaluation** der Mittelvergabe durch die zuständigen Ministerien sollten unabhängig überprüft werden.
- Es ist nicht nur eine direkte oder indirekte Terrorförderung auszuschließen, sondern es sollte auch sichergestellt werden, dass mit den Haushaltsmitteln kein Antisemitismus und Israelhass gefördert werden und dass das Existenzrecht Israels anerkannt wird. Hierfür ist die **Mittelvergabe für den Gazastreifen im Haushaltsgesetz entsprechend zu konditionieren**.

1 Stand 2023: [statista.com](https://www.statista.com)

2 Israel files testimony to World Court regarding hostage held in UNRWA facility: [timesofisrael.com](https://www.timesofisrael.com)

3 European Parliament condemns incitement in Palestinian, UNRWA textbooks: [timesofisrael.com](https://www.timesofisrael.com)

4 „Seit Juni 2025 ist die Verwendung der bereitgestellten Mittel für UNRWA aus dem Einzelplan 05 des Auswärtigen Amts, Kapitel 0501 Titel 687 17, in den palästinensischen Gebieten vertraglich ausgeschlossen. UNRWA unterliegt den Regelungen von § 10 des Haushaltsgesetzes (ehemals § 8a HG 2024), wonach Zuwendungsempfänger zur umfassenden Kooperation beim Ausschluss von Terrorismusfinanzierung und -unterstützung verpflichtet sind.“ Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD (Drucksache 21/4143)

5 Antwort auf eine Anfrage der Jüdischen Allgemeinen: [juedische-allgemeine.de](https://www.juedische-allgemeine.de)

6 COGAT international coordination: gaza-aid-data.gov.il

7 Israel wirft UN massive Falschdarstellung bei Gaza-Hilfen vor: [juedische-allgemeine.de](https://www.juedische-allgemeine.de)

8 Übersicht Einsatzgebiete der UNRWA: [swissinfo.ch](https://www.swissinfo.ch)

9 UNRWA SITUATION REPORT #224: [UNRWA.ORG](https://www.unrwa.org)

10 „Seit Januar 2025 haben wir 1,6 Millionen Menschen mit Trinkwasser erreicht, darunter über 600.000 Kinder.“ [...] „Dazu bauen wir unsere temporären Lernzentren weiter aus, um den Unterricht für alle über 650.000 schulpflichtigen Kinder in Gaza möglichst schnell wieder zu ermöglichen.“: [unicef.de](https://www.unicef.de)

11 Bericht der Bundesregierung zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinten Nationen und einzelnen, global agierenden, internationalen Organisationen und Institutionen im Rahmen des VN-Systems in den Jahren 2024 und 2025, [Drucksache 21/7580](https://www.bundesregierung.de), S. 14

12 Interview Benjamin Dousa: [Aftonbladet.se](https://www.aftonbladet.se)

13 SEK 555 million in new humanitarian aid for Gaza: [government.se](https://www.government.se)

14 Finland discontinues €20 million UNRWA funding agreement: [jpost.com](https://www.jpost.com)

15 Haushaltstitel 05 01 687 17-029, Sonstige Leistungen an Organisationen und Einrichtungen im internationalen Bereich